

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 23. Januar 1925
Nr. 19

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 23. Januar 1925
Nr. 19

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 111, Auer, Erzgebirge.

Nr. 19

Freitag, den 23. Januar 1925

20. Jahrgang

Stillstand gegen die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone.

Paris, 21. Januar. Ueber den gestrigen Vortrag des Generalagenten für die Reparationszahlungen, Seymour Barret, berichteten die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter einige wichtige Einzelheiten. Barret erklärte, dass er die politische Fragen nicht erörtern wolle, dass er aber die Forderung habe, dass der Reichskanzler Dr. Brüning den Demosplan vollständig durchführen wolle. Die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone ist geeignet, die Wirksamkeit des Dawes-Plans zu hären, insbesondere, wenn die Alliierten nicht mitteilen wollten, wie lange die Besetzung nach dem Eintritte des Berichtes der interalliierten Militärkontrollkommission noch fortgesetzt werden solle. Die „Chicago Tribune“ glaubt, dass ein freundschaftliches Abkommen in dieser Angelegenheit zwischen den Alliierten und der Kölner Zone gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet von Frankreich und Belgien im April oder Mai geräumt werden würde.

Das Verbrechen von Köln.

Berlin, 21. Januar. An die Rettungen des Einbruchgebietes ist folgendes Schreiben der französischen Besatzungsbehörde ergangen: Der kommandierende General der Besatzungsgruppen verbietet, anlässlich der Nichträumung der Kölner Zone einen Protest- und Demonstrationen zu unternehmen.

Neue Abfertigungskonferenz.

Washington, 21. Januar. Im Senat wurde heute der Abänderungsantrag zur Marinelage angenommen, durch den Coolidge aufgefordert wird, eine neue Abfertigungskonferenz einzuberufen. Der Abänderungsantrag wurde von dem demokratischen Senator King gestellt.

Der Stand der Pariser Verhandlungen.

Berlin, 22. Januar. Wie der „Volkswacht“ aus Paris meldet, sehen die Sachverständigen der beiden Delegationen ihre Arbeiten fort. Zur Zeit beschäftigen sie sich mit der Frage der Wiederherstellung von Gesellschaften. Auch verschiedene Industrieexperten verhandeln gegenseitig. Es wird erklärt, dass es voraussichtlich zu einem Kompromiss zwischen den deutschen und französischen Vorschlägen kommen wird.

Aufwertungsvorstoß im Reichstag.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstages, der heute unter dem Vorsitz des Abg. Steingger (Dn.) zum ersten Male nach der Regierungskrise zusammentrat, behandelte einen deutschnationalen Antrag, der verlangt, dass die Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. 1, S. 765) aufgehoben werden soll. Die in Artikel 2 der Verordnung bezeichneten Fristen sollen bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung verlängert werden. Die Beschließung über den Antrag wurde sodann auf Beschluss der Regierung auf Dienstag nächster Woche verlegt.

Die Gesetzentwürfe über die Aufwertung fertig.

Die Gesetzentwürfe, die vom Reichskanzler Dr. Brüning in seiner programmatischen Erklärung am Montag über die Aufwertungs- und Steuergesetzgebung angeführt worden sind, liegen bereits völlig ausgearbeitet in den zuständigen Ministerien vor. Am Mittwoch haben sowohl im Reichsfinanzministerium als auch im Reichsjustizministerium besondere Beratungen über die Neuregelung der Hypothekenaufwertung stattgefunden. Es kann damit gerechnet werden, dass die Veröffentlichung dieses Gesetzentwurfes schon in den aller nächsten Tagen erfolgen wird. Wie verlautet, will der Regierungsausschuss eine Abgabe bis zu 25 Prozent ins Auge fassen.

Abgelehnte Lohnverhöhnungen.

Berlin, 21. Jan. Die Lohnforderungen in der Bergbauindustrie sind gestern abgelehnt worden. Die Betriebsräte fordern zur Abmilderung auf, gegen die die Arbeitgeber sich wehren.

Kreditstand bei der Leipziger Stadtbank.

Leipzig, 21. Januar. Bei der Leipziger Stadtbank sind große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Mehrere verantwortliche Beamte haben gemeinsam gegen die Vorstände gehandelt, indem sie einer Firma heimliche Kredite gewährten und das erst nachträglich eintrugen. Es sind sofort Maßnahmen ergriffen worden, um die Rückzahlung der Kreditsummen zu sichern. Der größte Teil des Kredites dürfte gedeckt sein, doch ist ein Verlust von 50 000 bis 200 000 Mark nicht ausgeschlossen.

Große ausländische Anleihe Oesterreichs.

Wien, 21. Januar. Im parlamentarischen Kreise verlautet, dass sich die Regierung mit dem Gedanken einer großen ausländischen Anleihe beschäftigt, deren Erträgnis ausschließlich der Elektrifizierung der Bundesbahnen zukommen soll.

Luthers zweite Kanzlerrede.

Ergänzungen zur Regierungserklärung. — Abwartende Haltung der Demokraten.

Demokratische Anfragen an Dr. Luther.

Berlin, 21. Jan. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Innenminister Schiele, Justizminister Frenken, Finanzminister Dr. v. Schlieben. Präsident Ebert eröffnete die Sitzung um 2.30 Uhr. Fortsetzung der politischen Aussprache. Die zur Verhandlung stehenden das Vertrauensvotum der Regierungsparteien und des Reichstages sowie der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Der Reichskanzler Dr. Luther eröffnete das Wort.

Abg. Koch-Weser (Dem.).

Er stellt fest, dass das deutsche Volk einig sei in dem Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone (Zustimmung). Es widerspreche allem Recht, wenn die Entente nach dem 10. Januar Köln noch besetzt halte. Der Versailler Vertrag, so hart er ist, erlaubt diese Besetzung nicht. In etwaigen „Verfehlungen“ gegenüber den Kontrollbestimmungen liegt kein Grund, sondern nur ein Vorwand für die Entente. Die endgültige Befreiung unserer unter der Fremdherrschaft leidenden Länder ist uns so viel wert, dass wir unter allen Umständen darauf dringen werden, dass auch solche Vorwände aus der Welt geschafft werden (Zustimmung). Weder Soldatenplünderer, noch die Superflugschiff untergeordneter Organe dürfen der Entente einen Vorwand liefern, unsere Länder am Rhein, die solange gelitten haben, noch länger unter der Fremdherrschaft zu belassen (Zustimmung). Das Dawesgutachten verdient keinen Dank, wie der „Temps“ berichtet hat, sondern es ist ein Vakt im Interesse aller. Der Redner erklärte weiter, dass jede Regierung die Außenpolitik weiter fortsetzen müssen, die fünf Jahre lang gemacht wurde. Auch die Deutschnationalen würden sie nicht ändern können. Denn die Herren denken gar nicht daran, irgendeine andere Politik zu machen als bisher: sie haben sich lediglich in den Sattel setzen wollen, werden aber die bisherige Außenpolitik fortführen. Es ist nur bedauerlich, dass sie das so sehr erschwert haben durch die großen Reden, die sie Jahre lang gehalten haben, sodass das Ausland immer noch glaubt, die Herren seien Wölfe im Schafspelze. Im Ausland begehrt man den Irrtum, unsere Deutschnationalen für Wölfe im Schafspelze zu halten. Tatsächlich haben sie nur Wolfspelze umgehängt, — was Brunterstedt, brauche ich nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Wir wünschen von der neuen Regierung nicht Aggressivität, wohl aber Aktivität. Insbesondere genügt es nicht, vor dem Inland über die schlechte Behandlung Deutschlands zu klagen, sondern es gilt, diese Klagen dort vorzubringen, wo sie ein weites Echo finden.

Eine solche Stütze ist der Völkerverbund und deshalb gehört Deutschland in den Völkerverbund hinein.

Der Einwand, dass die Zugehörigkeit zum Völkerverbund Konsequenzen bei einem militärischen Vorgehen gegen Friedensvertragsbrecher haben könne, ist ganz und gar nicht beweiskräftig. Diese Möglichkeit, vor diesen Konsequenzen uns zu schützen, haben wir nicht, wenn wir draußen stehen, sondern nur, wenn wir im Völkerverbund zu Worte kommen.

Trotzdem wir also auf dem Gebiete der Außenpolitik eine Reihe von Wünschen zu erheben haben, sind wir doch bereit, auf diesem Gebiete nicht ohne weiteres Opposition zu treiben. Wir halten uns da an das gute Beispiel der englischen Liberalen und nicht an das schlechte Beispiel der Deutschnationalen, die den Außenministern bisher immer Knüttel zwischen die Beine geworfen haben.

Der Republikantismus macht den Vorwurf, dass sie nicht die richtige Führerauslese verstanden, dass aus der Kaiser die richtigen Minister auswählten können. Herr Luther hätte aber wohl unter dem kaiserlichen Regime recht wenig Aussicht gehabt, Kanzler zu werden, und auch der deutschnationalen Rittersgutsbesitzer Schiele hätte wohl die Konkurrenz mit den Kalliwigen und Sperrlingen nicht aufnehmen können, ebenso wenig Herr Stresemann.

Das Programm der Regierung mag im ganzen nicht schlecht sein, ist aber doch im allgemeinen recht nichtig. Herr Hergt hat im Wahlkampf aus dem schalen See durch einen Schuss deutschnationalen Rum einen „kräftigen Wog“ machen wollen. Wie können die Deutschnationalen dieser Regierungserklärung zustimmen, wie können sie mit der Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, mit der Behandlung der Schuldfrage in dem bisherigen Sinne, der Beharrnis zur Republik einverstanden sein, und wie können sie die folgende Re-

gierung anerkennen in dem Augenblick, wo Graf Helldorf diese als eine Regierung der vollendeten Tatsächlichkeit bezeichnet? Die Versprechungen der Deutschnationalen seit fünf Jahren betragen sich nicht mit dieser Regierung.

Entweder müssen Sie Ihre Wähler verraten oder den Reichskanzler.

Vielleicht auch abwechselnd die einen und den anderen.

Wir setzen der neuen Regierung ablehnend deshalb gegenüber, weil sie aus dem unbilligen Sturz einer Regierung, der wir unser volles Vertrauen schenken, gerade gewonnen ist.

(Sehr richtig! Bei den Demokraten.)

Die Regierung begegnet nach ihrer Zusammenfassung und Entstehungsgeschichte ernstlichen Bedenken. (Sehr richtig! Bei den Demokraten.) Allerdings hat der Reichskanzler Dr. Luther betont, dass der Staatsgedanke den besonderen Pflege bedarf. Ich stimme mit Ihnen überein. Der Innenminister hat besondere Veranlassung, mit der Pflege des Staatsgedankens in der Republik zu machen. Dabei muß vor allem die Ehrfurcht und die Achtung vor dem Präsidenten des Staates gepflegt werden. Der Reichspräsident wird uns gewiß nicht „sozialistischen Seiten entgegenführen“ können, aber es hat es uns auch nicht versprochen. Ich glaube, daß der Weg durchs Dunkel, den wir gegangen sind, unter Führung eines Monarchen nicht so taub und so schweigend gemacht worden wäre, wie unter Führung des Reichspräsidenten Ebert. (Beifall links, Unruhe und Lärm rechts.) Das Magdeburger Urteil bedauern wir aufs tiefste und schmerzlichste. Graf Westarp hat geäußert, daß die „vaterländischen Verbände“, die sich in so unangeleglicher Weise dieses Urteil bemächtigt, dem Reichskanzler in besonderen Schutz genommen werden.

„Wollen Sie, Herr Reichskanzler, sich gegenüber der Republik? Werden Sie für die gegen alle Verbände sorgen? Betrachten Sie es als Aufgabe nach den Wünschen des Grafen Westarp diese dieser Verbände zu fördern?“

Es müßte weiter verhindert werden, daß die evangelische Kirche zu einseitiger Politik gänzlich gegen die Republik mißbrauchen.

Der Redner kam auf den deutschnationalen Scherz, der die jetzige Regierung als Stappemarchie bezeichnete, zu sprechen, und fragte:

„Wird Ihnen Sie, Herr Reichskanzler, gegen die Republik, und rufen Sie ab von denen, die als eine Einrichtung gegen die Republik in den Wollen?“

Auch wir wünschen strenge Untersuchung und Abwendung der in letzter Zeit bekanntgewordenen Skandale. Es ist aber falsch, wenn man die Schuld allein bei denen sucht, die als Beamte der Seehandlung nicht volle Reinlichkeit bewahrt haben. Man darf auch nicht die Republik für die Korruption verantwortlich machen, denn wie der Abg. Breitfeld richtig sagte, die Korruption hat schon im Kriege eingesetzt, als die Kriegsgesellschaften gebildet wurden.

Koch schloß folgendermaßen:

Wir warten zunächst die Erklärung der Regierung auf meine Fragen ab. Auf keinen Fall aber denken wir daran, dieser Regierung Neutralität zuzusprechen. Auch das Verbleiben des Reichswehrministeriums bei der Regierung schlägt keine Brücke. Wie folgen einer guten parlamentarischen Sitte, die auch von Parteien links und rechts von uns geübt worden ist, wenn wir uns entschließen sollten, der Regierung, deren Führung befriedigend ist, sofern sie diese Erklärung auf meine Anfragen hin zu befriedigender Form zugeht, freies Spiel zu geben, ohne uns um Grund ihrer Forderungen endgültig über sie entscheiden. Die höchste Aufgabe dieser Regierung ist es, zu beweisen, daß keine Partei in Deutschland eine andere Außenpolitik machen kann und will, als wir sie gemacht haben. Ihre Aufgabe ist ferner, zu zeigen, daß bei der Erfüllung von Verpflichtungen nirgendwo so mit Wasser gelacht wird wie auf der rechten. Das deutsche Volk muß erkennen, daß Deutschland das Land der begrenzten Möglichkeiten geworden ist, daß nicht die deutschen Führer, sondern die harten Tatsachen schuld daran sind, wenn es sich nicht so rasch aufrichtet, wie jugendliche und alte Volksgenossen es wünschen. Dann wird es befähigt sein, sich dem Politik des Gebulds, der Stumpheit, der Unfähigkeit, zu der wir uns bekehren.

Uhr
ter,
ld
ind.
vom

Herr Dr. Kautz (Wirtschaftl. Verein.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung werde ihre Stellung zur neuen Regierung davon abhängig machen, ob diese die Interessen des Mittelstandes genügend vertrete. Der Redner fordert, daß die von den Besatzungsstruppen im besetzten Gebiet an der Bevölkerung verübten Uebergriffe und Verbrechen von deutschen Behörden nachgeprüft und verurteilt werden.

Herr Leicht (Baugr. Vpt.) betont, es werde sehr schwer sein, sachlich gegen dieses Kabinett etwas einzuwenden. Das Zentrum habe allerdings eine Fülle von Bedingungen gestellt. Es sei sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohl bewußt. Er habe aber das Vertrauen zum Zentrum, daß es die große Verantwortung nicht verfehlen werde, die es zu tragen hat. Der Redner spricht dem seiner Partei angehörenden Reichspostminister Stinagl sein volles Vertrauen aus. Der Redner tritt für Wahrung des konfessionellen Friedens ein angesichts mancher bedauerlicher Vorkommnisse der letzten Zeit und fordert eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zugunsten der Letzteren.

Herr von Graefe (Nationalsoz.) macht die Worte für die Wirtschaft in Deutschland verantwortlich. Früher sei es Herr Reichsminister gewesen, in letzter Zeit Herr Barbat. Die Regierenden seien nur Marionetten an den Fäden der Bürokratie. Der Redner richtet an den Reichskanzler eine Reihe von Fragen, die u. a. die Forderung enthalten, alle mit Verfassungsmäßigkeit angenommenen Gesetze für unanwendbar zu erklären, u. a. die Dawes-Gesetze. Er verlangt weiter die schärfste Untersuchung der Stamboullaffären der letzten Zeit und fragt, ob es richtig sei, daß der preussische Justizminister zugunsten der Barbat eingegriffen habe.

Die Magdeburger Richter müssen gegen die schmutzigen Angriffe von gewisser Seite geschützt werden. Beamte dürften überhaupt keine Aufsichtsratsstellen innehaben. Der Redner erinnert an den Fall Lippelkirch, als der Minister v. Bode die Aufsicht auf Befehl des Kaisers sein Amt niederlegen mußte, weil nicht er selbst, sondern seine Frau an der Firma beteiligt war. Es sollte aber jeder Schein vermieden werden. Das war das sogenannte „Fischwilde alte Schlem“. Es müßte auch den Abgeordneten gesetzlich verboten werden, Aufsichtsratsstellen und ähnliche Posten zu übernehmen. Es ist erschreckend, in welcher politisch-parlamentarischen Kreise hinein diese Korruption gegangen ist. (Hört, hört! und Rufe: Namen nennen.) Als der Redner erklärt, er verzichte darauf, heute einzelne Fälle zu nennen, ertönen bei den Sozialdemokraten härmische Ausrufe. Es entsteht minutenlanges Lärm, während von den Sozialdemokraten dauernd der Ruf erschallt: heraus mit den Namen. Ich verzichte besonders darauf, die Familie des Herrn Reichspräsidenten in die Debatte zu ziehen. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten, der minutenlang anhält.) Der Redner erklärt, daß seine Gruppe kein Mißtrauensvotum einbringen werde, um nicht die Geschäfte der Brauerei und Sebering zu betreiben. Sie würde sich abwartend verhalten.

Darauf erhält unter allgemeiner Spannung Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Als die Kommunisten wieder mit ihren Anmerkungen beginnen, entsteht allgemeine Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt. Der Reichskanzler wendet auf diese Rufe unter großer Heiterkeit des Ganzen: Mir kommt es so vor, als ob ich schon neuerdings hier gehört hätte! Der Reichskanzler stellt für das außenpolitische Programm der Regierung eine bereits zustimmende Front gefunden hat. Nur die Parteien, die Vertrauensmänner in das Kabinett haben, und die Wirtschaftliche Vereinigung, und die Demokraten haben erklärt, das Regierungsprogramm zur Außenpolitik anzuerkennen. Der Außenminister der Sozialdemokratie hat festgestellt, daß dieses außenpolitische Programm auch von Marx hätte aufgestellt werden können. Es müßte eine starke Stütze für das Kabinett sein, wenn es weiß, daß seine Außenpolitik eine solche Grundlage im deutschen Reichstag hat. Der Reichskanzler beantwortet einzelne Fragen der Parteien. Wir nach der Londoner Konferenz keinen Anlaß, an Innehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins bezüglich der Kölner Zone zu zweifeln. Das Problem der Räumung der nördlichen Rheinlandszone sei immer wieder erörtert worden, als sich bei den internationalen Erörterungen der erste Ansehens zeigte, als ob die Räumung in Zweifel gestellt werden sollte, hat die Regierung sofort die Initiative ergriffen. Die beteiligten ausländischen Regierungen sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß Deutschland die Räumung bestimmt erwartet. Niemals aber sei von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden. Solche Kompromißvorschläge hatte die deutsche Regierung durchaus nicht von vornherein abgelehnt. Das frühere Kabinett war sich vollkommen darüber klar, daß ein etwaiger Vorschlag zur gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Kölner Zone zu prüfen gewesen wäre. Entschieden entgegengetreten werden muß der Anschauung, daß auch die Räumung ins Angekommene verschoben worden sei. Es liegen

maßgebende Mitteilungen der französischen Regierung vor, daß an der Erklärung bezüglich des letzten Termins der Räumung sich nichts geändert hat. Eine andere rechtliche Auffassung sei auch vollkommen unmöglich. Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse völlige Klarheit über alle damit in Verbindung kommenden Fragen geschaffen werden. Die Grenzregelung an der Weichsel sei für die deutschen Interessen sehr ungünstig, da Ostpreußen völlig von der Weichsel abgeschnitten werde, entgegen den Bestimmungen des Versailleser Vertrages. Die Regierung hat gegen diese schwere Verletzung des Vertrages bei jeder Gelegenheit Einspruch erhoben, aber ohne Erfolg. — Der Kanzler wendet sich dann der Innenpolitik zu und bespricht zunächst die Frage der Beiztreuwillingen, von der Weizsäcker selbst festgestellt habe, daß sie für die Sicherheit Frankreichs nicht die geringste Rolle spielen könne. Was die Reichsregierung in dieser Hinsicht aus innerpolitischen Gründen getan habe, sei der Entente schon seit langer Zeit mitgeteilt worden. (Lärm bei den Komm.) Sollten die Ententemächte darüber hinaus Material besitzen, so soll-

ten sie es baldmöglichst der Reichsregierung zuleiten. (Hört, hört!) Das hätte bei der Wiederaufnahme der Kontrollmaßnahmen am besten geschehen können. Sicherlich wird sich aber ergeben, daß dieses Material im jetzigen Umfange unzureichend ist. (Lebhaft, Hört, hört!) Der Kanzler stellt dann fest, daß ganz selbstverständlich auch gegen die vaterländischen Verbände die Gesetze zur Anwendung gebracht werden,

und daß gleiches Recht für alle gelte. Ausschreitungen werden von der Reichsregierung nicht nur verurteilt, sondern auch verfolgt. Der Abg. Graf Westarp habe nicht von vaterländischen Verbänden, sondern von der vaterländischen Bewegung gesprochen. (Lachen bei den Soz.) Man kann in unserem Volk nur eine Bewegung begrüßen, die der Pflege des vaterländischen Gedankens gilt. (Großer Lärm links.) Diese Bewegung darf aber nicht etwa innere Gegensätze unterstreichen, sondern sie muß sich ausgleichen. Der Redner wendet sich dann gegen die Auffassung des Abgeordneten v. Graefe und betont die Rechtsgültigkeit der jetzigen Gesetzgebung, auch der verfassungsändernden.

In der Vormittags-Sitzung

müsse man sich vor allen vorzeitigen Erörterungen hüten, solange die Gerichte nicht gesprochen haben. Der Reichskanzler bedauert, daß auch die Person des Reichspräsidenten in diese Debatte hineingezogen worden sei. Für die Teilnahme von Beamten an Aufsichtsräten bestimme schon seit jeher der Grundgesetz, daß diese einen Gewinn aus solcher Tätigkeit nicht ziehen dürfen. (Lärm und Zurufe bei den Komm.) Der Kanzler erklärt, er glaube, damit alle Fragen beantwortet zu haben.

Die Minister, die ins Kabinett eintreten, legen ihre Aufsichtsratsposten nieder.

(Lärm der Kommunisten und Rufe: Wo bleibt die Amnestie? — Großer Tumult.) Der Kanzler erklärt: Ich habe zur Amnestie namens der Regierung keine Erklärung abzugeben.

Großer Lärm bei den Kommunisten,

so daß der Kanzler nicht weitersprechen kann. Der Lärm nimmt immer heftigere Formen an. Des Hauses bemächtigt sich allgemein große Unruhe.

Vizepräsident Dr. Nießer schließt wegen dieser Störungen den Abg. Schwarz-Berlin (Komm.) von der Sitzung aus und fordert ihn auf, den Saal sofort zu verlassen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schwarz sich weigert, verläßt der Vizepräsident die Sitzung um 5.45 Uhr auf 5 Minuten.

In der Zwischenzeit verläßt der Abg. Schwarz nach längerer Besprechung mit seinen Parteifreunden den Sitzungssaal.

Vizepräsident Dr. Nießer eröffnet um 8 Uhr die neue Sitzung

und stellt fest, daß der Abg. Schwarz den Sitzungssaal verlassen hat. Er werde daher nur auf acht Tage ausgeschlossen sein, wenn er den Saal nicht verlassen hätte. (Lärm bei den Komm.) Der Vizepräsident warnt ihn, den Sitzungssaal wieder zu betreten, da ihm das Betreten des Reichstagsgebäudes hiermit untersagt sei. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Der Reichskanzler

setzt sodann seine unterbrochene Rede fort. Als wieder Anmerkungen erschallen, macht Vizepräsident Nießer das Haus darauf aufmerksam, daß, wenn diese Rufe nicht aufhören, mit aller Entschiedenheit die Würde des Reichstages gewahrt werde. Der Kanzler erklärt, daß er selbstverständlich nicht die Fragen behandelt habe, die bereits in der Regierungserklärung erwähnt worden sind. Es gebe noch manche Schichten, die besonderer Fürsorge bedürften, wie die Auslandsdeutschen. (Beifall.) Es sei richtig, daß eine Koalitionsregierung nicht vorhanden sei. Wäre sie vorhanden, so wäre auch noch nicht völlige Einmütigkeit nach allen Richtungen hin gewährleistet. Abg. Koch habe recht, daß er mit seinen Koalitionsgenossen nie so ganz zufrieden sei. Das Wesentlichste sei aber, daß sich tatsächlich eine Mehrheit zusammengefunden habe, die für die Regierung die mögliche praktische Arbeit bietet. Mit leichter Fronte habe man gesagt, der Reichskanzler sei kein Politiker, sondern ein Verwaltungsmann. Der Kanzler erklärt, daß er sachlichen Dienst dem Volksganzen leisten wolle, er sei durchaus kein unbeschriebenes Blatt. (Lärm bei den Komm.) Er wolle seinen Werdegang nicht verleugnen oder verbunkeln. Was er bisher als Ernährungs- und Finanzminister im Dienste des Deutschen Reiches getan habe, werde die Grundlage sein, auf der sich seine Tätigkeit als Kanzler aufbaue. (Erneuter Lärm bei den Komm.) Die bisherige Zusammenarbeit im Kabinett habe schon bewiesen, daß es auch möglich sei, praktische Arbeit zu leisten. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Es heiße an der Staatsform, in der wir leben, zweifeln müssen, wenn wir die Möglichkeit solcher praktischen Zusammenarbeit nicht fänden. Bei der gemeinsamen Arbeit zur Rettung des Volkes stehe eine Mehrheit auch hinter der Minderheitsregierung. Man müsse danach streben, für jede Entscheidung eine möglichst breite Grundlage zu finden. Das ist auch die Meinung des ganzen Kabinetts. Es sind sehr große Aufgaben für das Volk zu lösen. Es müsse bei allen diesen Fragen ein Ausgangspunkt gesucht werden, der dann verbreitert werden müsse. Der Kanzler erklärt, es sei durchaus unrichtig, wenn aus dem Auslande Stimmen kämen, die in der jetzigen Regierungsbildung einen Mangel an der späteren Erfüllung der Abkommen sehen. Ueber die Staatsform habe sich die Reichsregierung bereits völlig unmißverständlich geäußert. Selbstverständlich mißbillige die Regierung jede Agitation gegen die Republik. Natürlicher kann jeder Deutsche nach der Verfassung seine Meinung frei äußern. Auf die weitere Frage Kochs, ob die Regierung von Danten abrücke, die die Regierung als Instrument gegen die Republik gebrauchen wollen, müsse selbstverständlich bejaht werden. (Lärm der Komm.) Das Kabinett sei der Ansicht, daß die Staatsform selbstver-

ständlich nicht geändert werden soll. (Großer Gelächter.) Wir müssen für die praktische Arbeit einen Zusammenschluß auf breiter Grundlage finden. Das Kabinett ist sich über die Grundlagen seiner künftigen Politik einig. Leider seien erhebliche Angriffe gegen einzelne Minister gerichtet worden. Es handelt sich um Männer, die hinter sich den Werdegang des Beamtentums haben. Minister Neuhaus hat seinerzeit als Beamter den Eid auf die Verfassung aus Gewissensbedenken nicht geleistet; er ist von dieser Eidesleistung entbunden worden unter Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit, die er als Beamter geleistet hat. Das entsprechende Schreiben ist von Minister Fischel (Fischel ist jetzt demokratischer Reichstagsabgeordneter) unterzeichnet. (Hört, hört!) Minister Fischel hat davon abgesehen, die Leistung des Eides von Neuhaus zu fordern, und hat ihn weiter beschäftigt. Minister Neuhaus hat jetzt selbstverständlich den Eid auf die Verfassung geleistet. (Höhnisches Gelächter der Kommunisten.) Der Reichskanzler räumt dann die Verdienste des Finanzministers v. Schlieben ein. In seiner Beamtenlaufbahn hatte v. Schlieben die schwere Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen Forderungen und Möglichkeiten. Auch aus den Kreisen der früheren Reichskanzler hat Herr v. Schlieben außerordentliche Anerkennung erfahren. (Hört, hört!) Auf Zurufe erwirbt der Kanzler, der Johanniterorden sei eine Einrichtung der Wohltätigkeit. (Gelächter links.) Der Eid auf einen Monarchen, der nicht vorhanden sei, sei ebenfalls nicht vorhanden. (Erneuter Lärm links.) Auf den Vorwurf, das Kabinett sei zu weit nach rechts gerückt, erinnert der Kanzler daran, daß er auch die Demokraten heranziehen wolle. Der Kanzler schließt mit der Aufforderung: Wenn die Entschcheidung bei der Abstimmung so fällt, daß das Kabinett die Arbeit übernehmen kann, dann werden wir uns bemühen, sachliche Arbeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu leisten. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Beratung wird darauf abgebrochen. Donnerstag 11 Uhr: Protest der Kommunisten gegen den Ausschluß des Abg. Schwarz. Fortsetzung der politischen Debatte. — Schluß 1/2 11 Uhr.

Abstimmung Donnerstag abend.

Berlin, 22. Jan. Die Abstimmung über die Annahme der Regierungserklärung sowie über das Mißtrauensvotum im Reichstag soll auf Grund einer Verständigung im Ministerrat heute abend stattfinden.

Politische Rundschau.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Der preussische Landtag hat gestern die Ausdrücke über die Regierungserklärung zu Ende geführt. Der Antrag (D. Vpt.) über die Auslegung des Artikels 45 der Verfassung wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen. Die Abstimmung über die Vertrauens- und Mißtrauensanträge erfolgt am Freitag.

Die Ausnahmetarife der Reichsbahn.

Berlin, 22. Januar. Wie die Morgenblätter melden, wird der Verwaltungsrat der Reichsbahn am Donnerstag zusammenzutreten, um sich mit dem vom Verkehrsministerium des Reichstages angenommenen Antrag zu beschäftigen, der für den Eisenbahnverkehr und den Brennstoffverbrauch der Bergbaugebiete in Sieg, Loth, Dill, Oberes und den benachbarten Gebieten die geltenden Ausnahmetarife ermäßigen soll.

Die französischen Silberwarenfabrikanten gegen die Gewährung des Mindesttarifs.

Paris, 21. Januar. Das Syndikat der Silberwarenfabrikanten hat an den französischen Handelsminister seinen Memorandum gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß sich aus der Unterzeichnung eines französisch-deutschen Wirtschaftsabkommens auf der Grundlage des gegenwärtigen Mindesttarifs schwere Nachteile für ihre Industrie ergeben würden. Der gegenwärtige Mindesttarif beträgt ungefähr 1.20 Prozent, damit sei für alle 100 Gramm Silberwaren eine Taxe von ungefähr 125 Francs zu entrichten. Das Syndikat beantragt, den Tarif um mindestens 10 Prozent heraufzusetzen. Die gleiche Menge Silberwaren würden dann einer Taxe von etwa 1200 Francs unterliegen.

Die deutschen Vertreter des Gewerbes in Paris.

Paris, 22. Januar. Die Sachverständigenbesprechungen zwischen Frankreich und Deutschland gehen vorläufig weiter. Heute fanden zwischen den Vertretern der Gewerbetreibenden Besprechungen statt.

Ausgleich der verschiedenen Unterstützungssätze für Erwerbslose. Berlin, 21. Januar. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat einstimmig einen Zentrumsantrag angenommen, der verlangt, daß die Spannung der Unterstützungssätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen beseitigt werden soll. Die Regierung hatte sich aus verschiedenen Gründen gegen den Antrag ausgesprochen.

Der Casseler Skandal.

Die Casseler Finanzaffäre, über die wir berichtet haben, scheint nunmehr auch nach Berlin überzugehen. Die jetzt verhafteten Kaufleute Frey und Wilhelm Roggenstein haben auch versucht, in der Nähe Berlins bei Karlshorst Gelände zu kaufen, um dort eine Fabrik zu errichten. Von wenigen Tagen haben sie die Berliner Niederlassung aufgegeben und ihr hiesiger Vertreter hat Berlin plötzlich verlassen.

Neue Lohnforderungen der Eisenbahner.

Vor einigen Tagen haben sich Vertreter der Eisenbahnbeamten und -arbeiter an den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft gewandt und um Verbesserung der Bezüge nachgesucht. Ministerialrat Klein von der Reichsbahngesellschaft erklärte, daß nach Rücksprache mit der Finanzabteilung der Gesellschaft eine Lohnaufbesserung nicht möglich erscheine, ohne daß eine Tarifierhöhung der Eisenbahn notwendig wäre. Würde man z. B. dem Vorgehen der Badischen Regierung folgen, die ihren Beamten eine 20prozentige Lohnerhöhung gewähren wolle, so müßte die Reichsbahngesellschaft 120 Millionen Mark für Personalausgaben mehr ausbringen. Eine Erhöhung der Materiarie sei jedoch unbedenklich und man müßte sonst die Eisenbahn-Personalarie um 10 Prozent erhöhen. Diese Maßnahme erscheint jedoch untragbar, zumal der Personalbestand noch immer

Erzgebirge und Sachsen.

Oberrangig. Feuer. In der Räuchererei des Fleischermeisters Wegner entstand ein Brand, vermutlich durch Selbstentzündung. Dem Besitzer ist ein großer Schaden dadurch entstanden, daß sämtliche in der Räuchererei befindlichen Fleischwaren verbrannt bzw. ungenießbar geworden sind.

Weinersdorf bei Chemnitz. Schwere Unglücksfälle. Am Sonnabend nachmittag sollte in der hiesigen Mühle eine etwa sechs Zentner schwere Welle hochgezogen werden. Der Besitzer, Herr D. B. wurde hierbei so schwer beschädigt, daß er operiert werden mußte. Leider war die Operation ohne Erfolg, denn Herr B. ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Grossen (Müde). Errichtung eines Freibades. — Kirchen-Neubau. Die hiesige Gemeindeverwaltung hat seit einiger Zeit mit den Ausschachtungsarbeiten zur Errichtung eines modernen Schwimmbades begonnen. Nachdem nunmehr die Maurer die ersten Riegel verankert haben, kann man damit rechnen, daß mit Beginn der Badezeit die Anlage ihrer Bestimmung übergeben werden kann.

Leipzig. Verhängnisvoller Zusammenstoß. Auf der Landstraße von Sommerfeld nach Leipzig ist in der Nacht zum Sonntag zwischen 1 und 2 Uhr ein nach der Stadt zu fahrendes mit 2 Personen besetztes Motorrad mit einem nach Osten fahrenden Möbelwagen zusammengestoßen. Der Fahrer, ein Zivilingenieur und sein Begleiter, ein Handlungsgehilfe, wurden durch den Zusammenstoß vom Rade geschleudert. Ersterer erlitt einen dreifachen Unterarmbruch und einen Kniegelenksbruch und letzterer einen Bruch eines Unterschenkels, beide sonst noch Kopfverletzungen. Die Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Lungenau. Wahnsinnig geworden. Der hier wohnhafte jugendliche Arbeiter W., ein Verehrer von Büchsenfleisch, ist durch die Nachricht, der Massenmörder Denke habe Menschenfleisch an große Fleischereien verkauft, wahnsinnig geworden. Er mußte nach einer Heilanstalt überführt werden.

Dresden. Ermittelte Falschmünzen. Im Frühjahr und Sommer v. J. wurden hier wiederholt falsche 50-Rentenmarkscheine in den Verkehr gebracht. Ein derartiger Falschgeldschein wurde damals von der ledigen Agnes Seiler, jetzt verheiratete Jakob in München beim Kauf von Waren in Zahlung gegeben. Der Schein wurde sofort als Falschschein erkannt, der Seiler war aber eine wissenschaftliche Veranschaulichung nicht nachzuweisen, zumal das Verhältnis mit Jakob nicht bekannt war. Anfang Januar d. J. wurde die verheiratete Jakob geb. Seiler wegen Veranschaulichung falscher Schweizer 50-Frankennoten in St. Gallen angehalten, sie mußte sich aber ihrer Freistellung zu enthalten. Bald darauf wurde sie mit ihrem Ehemann in Baden im Argow ermittelt und festgenommen. Der hiesigen Kriminalpolizei in Verbindung mit der Schweizer Kriminalpolizei gelang es jetzt, den Steinbruder Jakob als den Verfertiger der in Frage kommenden Schweizer 50-Frankennoten sowie auch der im Vorjahre hier in Verkehr gebrachten 50-Rentenmarkscheine der Fälscherklasse 2 festzustellen. Bei Jakob wurden noch Steine und Farben, die zur Herstellung des Falschgeldes gebührt hatten, vorgefunden.

Melzen. Getreue Nachbarn. Eine unerwartete Hilfe wurde hier einem Droschkenbesitzer zuteil, dessen Pferd verendet war und dem seine ganze Existenz gefährdet schien, weil er sich kein neues Pferd kaufen konnte. Die Bewohner der Straße veranstalteten eine Sammlung für den Bedrängten, die in wenigen Stunden 500 Mark ergab. Dieser Betrag wurde dem Droschkenbesitzer überreicht, der so in die Lage versetzt worden ist, sich ein neues Pferd anzuschaffen und sich weiter die für seinen Lebensunterhalt nötigen Mittel zu erwerben.

Der Sieger.

Roman von Marie Stahl.

Amerik. Copyright by L.H. Bureau M. Lincke, Dresden 21. (179. Fortsetzung.)

Zu Hause kam sie gleich, nachdem sie Hut und Mantel abgelegt, in das Zimmer der Tochter.

„Kind, mir gefällt die Sache mit der Beschel nicht mehr,“ sagte sie sorgenvoll und verärgert, indem sie sich in einen Sessel fallen ließ und nervös mit ihrer langen Werkette spielte.

„Gabler war heute merkwürdig, als ob diese Sängerin für ihn die Hauptperson wäre und wir erst in zweiter Linie kämen. Was soll ich davon denken? Am liebsten wäre ich gleich aufgestanden und weggegangen.“

„Aber Mutti, wie du nun wieder bist!“ rief Bettine. „Ich habe es dir gleich angemerkt, daß dir etwas nicht recht ist — sei nicht böse — ich muß wirklich lachen, daß du für mich so eifersüchtig bist! Es ist überhaupt so komisch, haha, daß du glaubst, er könne sich in die Beschel verlieben! Er liebt doch mich und du und ich bin ja alles für ihn. Ich weiß doch, wie er mich liebt.“

„Kind, Kind, bist du auch nicht zu vertrauensselig? Ich habe in solchen Dingen ein untrügliches Gefühl. Ich muß freilich gestehen, daß ich ihm bis auf diesen Tag ebensoviele vertraute wie du und daß ich den armen Wilhelm nicht ausgelacht wegen seiner leisen Zweifel, doch schon als ich euch heute von fern beobachtete, kam mir die Sache sonderbar vor. Vielleicht ist es doch unklug, wenn du die Beschel immer zur dritten im Bunde machst.“

„Es geschieht doch hauptsächlich aus Rücksicht, da und du warst ja damit einverstanden. Es ist sehr aufopfernd von Bräulein Beschel, daß sie sich zum Wandel für uns hergibt, sie hat tatsächlich schon Unannehmlichkeiten und Mühen dadurch gehabt. Die Kol-

lera. Großfeuer. Witten in der Stadt brach am Dienstagmorgen kurz vor 1 Uhr in der Schmiedhüttenstraße ein Feuer aus, das erst sehr spät wahrgenommen wurde und deshalb einen ziemlich großen Umfang annehmen konnte. Lodernde Flammen schlugen aus einem Dachstuhl hervor. Der Brandherd befand sich an einer äußerst gefährlichen Stelle, da bei ihm eine große Tischlerei, ein Kohlenlager, eine Scheune und Stallungen, ein Zementlager, das Lager einer Rohproduktfabrik und eine Autogarage aneinanderstoßen. Die Bewohner der gefährdeten Häuser, die infolge starker Verqualmung nicht auf die Straße gelangen konnten, hatten sich auf die Dächer geflüchtet. Unter schwierigen Umständen mußte die Feuerwehr, die bereits acht Minuten nach ihrer Benachrichtigung am Ort und Stelle erschien an die Bekämpfung der Flammen gehen. Ihrer aufopferungsvollen Arbeit gelang es, in ungefähr anderthalb Stunden die größte Gefahr zu beseitigen. Nach insgesamt drei Stunden konnten die Wehrleute unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abziehen. Die Entstehungsurache ist bisher nicht bekannt. Auch über den Umfang des angerichteten Schaden läßt sich noch nichts genaues sagen.

Gerichtssaal.

Der Prozeß gegen den Saugener Kommunistenführer.

Im Prozeß gegen den Kommunistenführer Hjalmar aus Saugen vor dem Staatsgerichtshof wurde folgendes Urteil verkündet: Das Gericht hat für erwiesen angesehen, daß der Angeklagte sich an mehreren Waffendiebstählen beteiligt und diese zum Teil angekauft hat. Weiter ist erwiesen, daß er mehrere Genossen zu einer Demonstration nach Bischofswerda bewaffnet geschickt hat. Diese Tätigkeit entfaltete er als Mitglied der KPD, deren militärischer Abteilung er angehörte. Nicht festzustellen ist, ob der Angeklagte Terrorgruppen gebildet hat. Die KPD wollte damals die bestehende Verfassung stürzen, dies war den Mitgliedern bekannt. Maßgebend waren allerdings auch die Abwehrversuche faschistischer Angriffe. Damit sind die Voraussetzungen für das Verbrechen des Hochverrats und die Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung gegeben, ebenso hat sich Hjalmar auch gegen § 8, 8 des Republik-Schutzgesetzes vergangen. Einen besonders schweren Fall hat das Gericht nicht angenommen. Tatsächlich war die Arbeiterschaft damals sehr erregt und die Haltung verschiedener Regierungsmitglieder gerade in Sachsen veranlaßte sie, die faschistische Gefahr als besonders groß anzusehen und für außerordentliche Maßnahmen für berechtigt zu halten. Es ergeht deshalb folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Neun Monate und die Geldstrafe kommen auf die Untersuchungshaft in Anrechnung.

Die Arbeitsruhe in den Bäckereien. Aus Erfurt wird geschrieben: Ein Bäckermeister in Erfurt, der vor 8 Uhr morgens im Bäckereibetriebe gearbeitet hatte, war, wie seinerzeit berichtet, vom Amtsgericht zu nur 6 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Strafkammer erhöhte am Montag die Strafe auf 50 Mark mit folgender Begründung: „Die vom Vorderrichter festgesetzte Strafe könne unter Umständen einen Anreiz zu Übertretungen des Gesetzes geben. Im Interesse der Angestellten im Bäckereibetriebe, sowie derjenigen Meister, die sich nach dem Gesetz richten, sei eine wesentliche Erhöhung der Strafe am Platze.“

Sozialpolitik.

Die Arbeitslosenversicherung.

Beratung im Ausschuss für soziale Angelegenheiten. Dem Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten lagen am Sonnabend demokratische und Zentrumsanträge vor, die zum Ziel haben, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitslosenversicherung umzuwandeln. Die Demokraten wünschen, daß die zu schaffende Arbeitslosenversicherung auf der sozialen Selbstverwaltung der Beteiligten aufgebaut sein soll. Die einzelnen Berufs-

gewerkschaften sollen berechtigt sein, die Arbeitslosenversicherung ihrer eigenen Mitglieder zu übernehmen. Das Zentrum verlangt, daß die Prüfung der Arbeitslosenversicherung seitens der Arbeitgeber und der Arbeiter ein Rechtswort auf die Leistungen der Versicherung nach Maßgabe gesetzlich bestimmter Voraussetzungen gegeben werden soll. Bis zur endgültigen Regelung wird eine sofortige Erhöhung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung vom Zentrum verlangt, daß die Prüfung der Arbeitslosenversicherung seitens der Arbeitgeber ein Rechtswort auf die Leistungen der Versicherung nach Maßgabe gesetzlich bestimmter Voraussetzungen gegeben werden soll. Bis zur endgültigen Regelung wird eine sofortige Erhöhung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung vom Zentrum verlangt; insbesondere soll die für Familien mit mehr als vier Kindern unentgeltliche Begrenzung der Unterstützung abgeändert und die Spanne der Unterstützung für männlichen und weiblichen Erwerbslosen beibehalten werden.

Ministerialdirektor Dr. Weigert (Reichsarbeitsministerium) betonte darauf, daß vor der Konstituierung des neuen Kabinetts völkerrechtlich eine verbindliche Maßnahme zu den vorliegenden Anträgen noch nicht erfolgen könne. Der Regierungsvorstand gab dann eine allgemeine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenfrage. Am 1. Januar 1925 wurden im Gebiet des Deutschen Reichs insgesamt 890 168 Arbeitslose unterstellt, und zwar 857 499 im unbesetzten Deutschland, 171 864 im besetzten Deutschland. Die letzte Ziffer zeige deutlich, wie ungeheuer schädigend die Lage auf das Wirtschaftswesen Westdeutschlands wirkt, denn gerade diese Gegenden, die früher die Lasten der Arbeitslosenversicherung fast gar nicht zu spüren brauchten, liefern jetzt einen gewaltigen Prozentsatz der deutschen Arbeitslosen. Bei den oben genannten Arbeitslosen, von denen 487 794 männlichen und 41 867 weiblichen Geschlechts sind, handelt es sich um Hauptunterstützungsempfänger. Zu ihnen gehören noch 710 898 Familienangehörige, welche die sogenannten Familienzuschläge in Anspruch nehmen.

Die Inflationsbilanz der Arbeitslosenversicherung.

Ueber die für den 1. Januar 1925 aufgestellte Öffnungsbilanz werden folgende Mitteilungen gemacht: Unter Berücksichtigung der Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuernovellierung ergibt die Öffnungsbilanz einen Gesamtbetrag von 634 Millionen Mark, in der als Rest des früheren Vermögens eine allgemeine Rücklage in Höhe von 83,8 Millionen Mark das nunmehrige ungebundene Vermögen der Reichsversicherungsanstalt darstellt. Da es aus früher geleisteten Beiträgen hervorgegangen ist, dient es in erster Linie zur Sicherung der Ansprüche der Versicherten, die im Gegensatz zu den ursprünglichen Bilanzen der Reichsversicherungsanstalt in dieser Goldmarköffnungsbilanz keine versicherungstechnische Rücklage für Ansprüche auf Ruhegeld und Renten finden. Solche versicherungstechnische Rücklagen für die Zeit vor dem 1. Januar 1924 sind nach den letzten Änderungen des Angestelltenversicherungsgesetzes nicht erforderlich, weil von diesem Zeitpunkt ab die Angestelltenversicherung auf eine neue versicherungstechnische Grundlage gestellt werden soll. Grundrente, deren Betrag von 80 Mark (ohne die bezulagten) die jetzt laufenden Ruhegehalt abgilt durch den seit dem 1. Januar 1924 erhobenen Beitrag gedeckt; lediglich für die Steigerung der Beiträge nach dem 1. Januar 1924 müssen versicherungstechnische Rücklagen gebildet werden. Freilich ist es, daß immerhin noch ein gewisses Maß an der Inflationszeit herübergerettet werden kann. Schmerzlich bleibt doch der Anblick der ungleich verloren gegangenen Vermögensbestände, für die Reichsversicherungsanstalt ebenso wie die anderen der Sozialversicherung mit Recht eine Entschädigung vom Reich beanspruchen können.

leginnen sind natürlich nur eifersüchtig und neidisch auf sie und sagen ihr die schrecklichsten Dinge nach. Dafür sind wir ihr wirklich zu großem Dank verpflichtet und ich finde es selbstverständlich, daß Gabler sehr rücksichtsvoll und aufmerksam gegen sie ist. Er muß sie doch etwas dafür entschädigen. Und sie ist eine so interessante und geschickte Person, daß es ein Vergnügen ist, mit ihr zu verkehren. Ich bin immer gern mit ihr zusammen und du hättest heute wohl etwas Liebenswürdiges gegen sie sein können. Es war fast beleidigend, wie du dich aufmachst und wie kühl du dich verabschiedest. Du willst es doch selbst nicht, daß ich mit Gabler allein gesehen werde und ich weiß sonst niemand, der sich dazu hergibt, und so oft Gesellschaft zu leisten. Besel's Beschel tut es aus Kollegialität für ihn und weil er ihr auch wieder manche Vergünstigung an der Bühne verschaffen kann.“

„Mutti, da hätte ich mich tot gelangweilt und nach einem halben Jahre wäre ich davon gelaufen!“

„Züchtiges Kind! Möchtest du es nie zu bereuen haben. Hast du nicht in den Zeitungen gelesen, was unser Bilderrich jetzt für ein berühmter Mann ist? So ein Prochtmensch! Und alles hätte er dir zu Füßen gelegt, alles, was er noch erlangt, Ruhm und Reichthum. Und vielleicht wird er doch noch eines Tages Besitzer von Dahlen. Alles das verschafftst du für ein sehr zweifelhaftes Glück!“

„So willst du mich verhöhnen? Ich soll mich an Dinkel Bilder verkaufen, weil du gern wieder nach Dahlen willst?“

„Gefine brach in Tränen aus. Da nahm Dora sie in ihre arme und küßte sie gütlich.“

„Mein liebes Kind, du kannst dich immer auf deine Mutter verlassen. Ich sehe zu dir, selbst wenn du Bräutler begehrst, denn ich sehe ein, daß jeder auf eigene Gefahr sein Glück suchen muß, die Erfahrungen der Alten nützen den Jungen nichts. Sie müssen sich doch alles ausprobieren.“

Am Abend kam Gabler und es gelang ihm, Dora wieder zu beruhigen. Er war so überzeugend, wie wohl er sich bei ihnen fühlte und er hegte sich währenddessen.

„Ich bin gemartert, gehst, kauft; brauchst du ich ein Unseliger, Unaussehlicher, aber hier bei Ihnen finde ich gleich meinen ganzen schmerzhaften Gedanken wieder. Hier bin ich am kleinen Finger zu lenken, bin lieb, gut und sanft und so herrschend wie ein Kind,“ sagte er, ihr beide Hände lächelnd fassend.

„Sie schenken mir alles wieder, Geliebter, Kindergeld und die verlorene Mutter!“

„Und dann sag sie, wie er und Gefine zusammen lachten und frohlich waren, wie ihr Kind schon und stehend war in sorgloser Heiterkeit. Da sahst auch sie wieder Blut und Vertrauen.“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Frangösische Forderung auf Auslieferung Wilhelms II.

Paris, 20. Jan. In der Kammer sprach heute der Abgeordnete Bonnet über die Kriegsverbrechen und die Frage der Auslieferung des Kriegsverbrechers. Er ging von einem Auspruch Clemenceaus aus, daß man bei den Franzosen kein Vertrauen haben dürfe. Er sagte, daß die Deutschen nicht erst ermahnen, sondern bestrafen müssen. Er forderte die Auslieferung des Kaisers. Er sprach von der Verantwortung der Kaiserin. Er sprach von der Verantwortung der Kaiserin. Er sprach von der Verantwortung der Kaiserin.

Mord in Jugoslawien.

Belgrad, 21. Januar. Infolge der Neuwahlen ist es in ganz Jugoslawien zu Unruhen gekommen. Die Presse berichtet über Konflikte zwischen den Anhängern der Regierung und den Mitgliedern der Radikalen Partei. Wegen verschiedener Angriffe der Radikalen gegen das Militär hat die Regierung beschlossene, besondere Maßregeln zu treffen, um weitere Unruhen zu vermeiden.

Strafentzug des amtlichen preussischen Pressedienstes gegen die „Berliner Börsenzeitung“.

Berlin, 20. Januar. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Die „Berliner Börsenzeitung“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 20. Januar an der Spitze des Blattes die angeblich auf gute Informationen beruhende Behauptung, daß dem amtlichen preussischen Pressedienst von Seiten des Barmer-Kongresses auch nur ein Pfennig erhalten. Der Leiter des amtlichen preussischen Pressedienstes hat bereits seine vorgelegte Beschwerde erücht, sofort Strafentzug gegen die Berliner Börsenzeitung wegen Beleidigung. Hier Rede zu stellen. Diesem Ersuchen wird stattgegeben werden.

Ratifikation des Kontrahats.

Kopenhagen, 21. Januar. Die Ratifikation des Kontrahats, wie die „Kopenhagener Nachrichten“ melden, machend erfolgen.

Trennung von Staat und Kirche in Dänemark.

Kopenhagen, 22. Januar. Der sozialdemokratische Minister hat einen Gesetzesentwurf zur Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet.

Neues aus aller Welt.

Das schwere Blutat ist in Königsberg (Ostpr.) verdrückt. Dort wurde in der Nacht der Zimmergeleite Matern in Nähe des Königsbrunnens erschossen aufgefunden. Die Leiche 21-jährigen verheirateten Mannes wies zwei tiefe Stiche in die Brust auf, die Herz und Lunge durchbohrt hatten.

In Todesgefahr. Gumburg (Bayern). Der 20-jährige Landwirt Johann Hermann Brühl wurde, als er seine Geliebte nach Hause begleitete, von einer Anzahl Dämonen aus Eifersucht überfallen und mit Säbden buchstäblich zu Tode geprügelt. Am Morgen fand man seine Leiche im Straßengraben. Einige der Räubersführer wurden bereits verhaftet.

Ein deutsches Schiff in Schweden beschlagnahmt. Hamburg, 21. Januar. Der deutsche Motorbooter „Kordel“ aus Hamburg, der mit 60 000 Liter Spirit an Bord den Hafen von Sundsvall angefahren war, um seinen Probiant zu ergänzen, ist von den Behörden beschlagnahmt worden. Das Gericht in Sundsvall hat die Beschlagnahme bestätigt und gegen den Kapitän Anklage erhoben.

Ein Verbrechen jagt spielte sich, wie aus Mannheim gemeldet wird, am Sonntagabend in der Redargroßstadt ab. Der Witte Dezember vorigen Jahres aus dem Buchstaben in Bruchsal ausgebrochene Chauffeur Joseph Weingärtner aus Bischofsheim, wurde hier von der Polizei auf der Mittelstraße angehalten und sollte auf die Wache gebracht werden. Weingärtner versuchte im Schutz der Dunkelheit zu entweichen und wurde von Schulden durch mehrere Straßen verfolgt. Da er auf wiederholten Anruf seine Flucht fortsetzte wurden mehrere Schüsse auf ihn abgefeuert. Ein Schuss traf Weingärtner. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt, wo er kurz nach seiner Entlieferung starb. In seinem Besitze fand man eine schußfertige Selbstwaffenrevolver.

Tragödie einer Mutter. In Tuschlan in der Tschechoslowakei, nahe der bayerischen Grenze, hat sich ein entsetzliches Verbrechen ereignet, eine Mutter hat ihr eigenes Kind ermordet, um es nicht dem Hunger und der Kälte preisgeben zu müssen. Sonntag früh fand die Tuschlauer Gendarmerei nächst dem Friedhofseingang einen Kinderwagen, in dem sich die Leiche eines Kindes befand. Das Kind hatte die Augen am Kopf und einen Stich im Unterleib. Man fand einen in einem großen Geschäftstüchler stehenden Brief mit 60 Kr. Es ging daraus hervor, daß sie aus Not ihren Engel auf so grausame Weise aus der Welt geschafft hatte und sie ersuchte, das inliegende Geld sowie den Brief für den Kinderwagen zur Bestattung eines Kindes für ihren toten Liebling zu verwenden.

wenden. In dem Schreiben schildert sie weiter, daß sie keine Arbeit finden kann, obdachlos ist und einen beschwerlichen Gatten habe. Die Gendarmerei leitete weitere Nachforschungen ein, die zur Ausforschung der Mutter des Kindes führten. Es handelt sich um Emilie Hauptmann, 1888 in Wilm geboren und aus gutem Hause stammend. Sie war mit einem Geschäftsbekleidenden verheiratet, doch war die Ehe keine glückliche und die Frau lebte schon längere Zeit von ihrem Gatten getrennt. Emilie Hauptmann hat ein umfassendes Gesundheitsabgleich.

Brand in einem Warenhaus. In Chicago brach auf dem Dellager des großen Warenhauses „Barnish“ ein Brand aus. Die Explosion der Benzin- und Ölbehälter riefen eine ungeheure Panik hervor. Angestellte und Besucher des Warenhauses kämpften um die Ausgänge. Das brennende Öl floß auf die Straße. Rettungskommandos und Abschirmmannschaften eilten zur Brandstelle und bemühten sich, die Verwirrung zu lösen. Schließlich gelang es, die umliegenden Häuser zu versichern. Die Zahl der Toten und Verletzten ist noch nicht bekannt.

Abzug zweier Jagdflieger. London, 20. Januar. Der Luftfahrminister erhielt ein Telegramm ausairo, worin es heißt, daß ein Jagdflugzeug der Klasse Bristol in Italien niederkam. Der Offizier und der Beobachter wurden getötet. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in Rom in Transjordanien. Auch dort stürzte ein Jagdflugzeug der gleichen Klasse aus 100 Meter Höhe ab. Die beiden Flieger starben nach einigen Minuten.

Ein grausames Mord. Aus Szentes in Ungarn werden die grausamsten Einzelheiten über einen Mord bekannt, den die Frau Johanna Vordely an ihrem schwachmünnigen Bruder, dem Gutsherrn Alexander Dombai-Salco verübt hat. Am Donnerstag nachmittag ließ die Polizei Nachgrabungen in der Kammer vornehmen, in der sich Frau Vordely nach dem Verschwinden ihres Bruders drei Tage lang eingesperrt hatte. Bei den Nachgrabungen fand man auf menschliche Knochenreste. Es wurde festgestellt, daß die Knochen in kochendem Wasser ausgelagert waren. Es wurde auch weiterhin festgestellt, daß Frau Vordely ihre Freundin, die ihr bei der Beilegung des Bruders Hilfe geleistet hat, durch Gift aus dem Wege geräumt hat.

Wertbriefe für 17 Millionen Dollars gekloppt. Ein Dieb hat in Amerika aus einem Postwagen eines Schnellzuges Wertbriefe in Höhe von 17 Millionen Dollars, die für die Federal Reservebank bestimmt waren, entwendet.

Große Kälte im Kaukasus. Im Kaukasus herrscht gegenwärtig eine außerordentlich strenge Kälte. Menschen und Vieh erfroren zu Tausenden. Große Rübden, Antilopen und Wildschweine suchen in den verlassenen Häusern und Höhlen Schutz gegen die Kälte.

Erdbeben in Transkaukasien. „Erschütterte Telegraphen“ melden, daß in Transkaukasien heftige Erdbeben stattgefunden haben. Die ersten Meldungen berichten von 40 zerstörten Dörfern und 200 Menschenopfern.

Raubüberfall in Long Island. In Long Island, mitten im Herzen der Stadt, wurde ein fährer Raubüberfall verübt. Ein junger Mensch von ungefähr 20 Jahren hielt einen Postwagen an und raubte den Betrag von 16 000 Dollar in Banknoten. Der ganze Überfall nahm nicht mehr als zwei Minuten in Anspruch. Es ist bisher nicht gelungen, den jugendlichen Räuber zu ergreifen.

Fliegererford. Drei französische Flieger sind in vierzehn Stunden von Rio de Janeiro nach Buenos Aires, eine Strecke von 2800 Kilometern, geflogen.

Häuser aus Stahl. In Birmingham sind die ersten neuen Häuser aus Stahl soweit fertiggestellt, daß sie Ende nächster Woche inspiert werden können.

Zusammenstoß in der Luft. Ueber dem Hafen von Barcelona stießen zwei Handelsflugzeuge zusammen, stürzten ins Meer und gingen unter. Die Fluggesellschaften sind ertrunken.

Was die Frau interessiert.

Das Epigenateller zur Förderung deutscher Heimarbeit. Eifriede Diebig, Berlin, veranstaltet gegenwärtig eine Ausstellung in seinen eigenen Räumen, Raabenstraße 82. Es wurden nur Wertarbeiten gezeigt, die von Heimarbeiterrinnen in ganz Deutschland hergestellt wurden. Die Muster sind den einzelnen Techniken angepaßt, man findet neben Spitzen nach antiken Mustern auch solche in durchaus modernen Formen, die den verschiedensten Bedürfnissen angepaßt sind. Knäppel- und Knöpfspitzen herrschen vor, die Preise sind so berechnet, daß auch der gebildete Mittelstand von solcher Anregung Gebrauch machen kann, umso eher, als der Absatz der meist verarmten Frau des Mittelstandes autommt, denn hauptsächlich sind es diese Frauen, die die Spigenarbeit als Heimarbeit erwählen mußten. Es ist notwendig, immer wieder auf die deutsche Spitze hinzuweisen, sie ist die Erwerbsquelle vieler deutscher Frauen und wenn deutsche Frauen es sich irgendwie leisten können, für ihre Köpfe, für Vorhänge, Decken, Erklärtagsarrangierungen echte Spitzen zu verwenden, sollten sie es tun, und wenn es nur ein paar schmale Ranten sind, die sie auswählen, sie läden dadurch ein Wert der Nächstenliebe aus; es muß immer wieder daran erinnert werden und man sollte auch den praktischen Wert der echten Handspitze betonen, die bei vernünftiger Behandlung unverwundlich ist. Else Levin.

Amerikanische Frauenberufe.

Eine Anzahl ungepöblicher Frauenberufe ist in dem neuesten Jahrbuche des Reuporter Frauenberufe verzeichnet, das unter dem Titel „Frauen von 1924“ erschienen ist. Dies findet sich sogar eine Prinzessin der Mauerkunst, es ist Mrs. Florence Thompson, die ihren Doktorgrad an einer Universität erworben hat und zu ihrem Spezialstudium die praktische und beste Art des Mauerns erwählte. Sie unterrichtet angehende Maurer in dieser Wissenschaft. — Als Hafeninspektorin hat sich Hilda Gormann einen großen Ruf erworben, denn sie ist die Sekretärin der Hafenkommission von San Francisco, und es ist in erster Linie ihrer Tätigkeit zu danken, daß San Francisco einen Rusterhafen besitzt. — Zu einer besonderen Nachstellung hat sich die Reichsinigin Mrs. Hayes von Houston in Texas emporgeschwungen. Sie gründete ein Handelshaus für Reis und hat dieses so ausgebaut, daß sie nicht weniger als fünfzehn große Reismühlen besitzt und einen bedeutenden Teil der amerikanischen Reiserzeugung kontrolliert. Andere Frauen sind als Geschäftsleiter von Eisenbahnen und großen Omnibusunternehmen tätig. Eine Geologin, Konstante Birch, Mitglied des amerikanischen Bergwerksinstituts ist die Sachverständige einer großen Petroleumgesellschaft in Mexiko.

Schule und Haus.

Die Elternkammer Hamburgs

nahm kürzlich in ihrer Sitzung einstimmig folgende Beschlüsse an: 1. Es ist der Wunsch der Hamburger Elternschaft, vertreten durch die Elternkammer, daß die heutige und die kommenden Generationen der Hamburger Schulpflichtigen zur völligen Mitbestimmung an der Schulpflichtigen Erziehung erzoogen werden. 2. Nach der Lage der Dinge ist von beiden Haupterziehungsfaktoren — Schule und Familie — besonders die erstere in der Lage, diesem Erziehungsideal zu dienen. 3. Die Vertreter der Elternschaft in der Ober- und Unterstufe haben diesen Wunsch der Hamburger Elternkammer nachdrücklich zu vertreten. 4. Wie diesem Ideale in der Schule am besten zugeführt werden kann, ist als pädagogische Frage im wesentlichen Sache der Lehrerschaft. Diese wird von der Elternschaft aufs herzlichste um ihre energische Arbeit auf diesem Gebiete gebeten; es ist gegebenenfalls die abstinente Mitarbeit mit heranzuziehen. 5. Die Elternschaft in den einzelnen Schulen ist immer wieder darauf hinzuwirken, daß nur völlige Mitbestimmung der Elternschaft und die Gesundheit ihrer Kinder verbürgt, aber auch darauf, daß eigenes Beispiel wie in allen Dingen das beste Erziehungsmittel ist.

Bunte Zeitung.

Ein Bischof über den Journalistenberuf.

Aus Nürnberg wird berichtet: Bischof Dr. Waib, der selbst eine Zeitung Redakteur war, hat in einem „Erinnerungen“ betitelten Artikel folgende markante Sätze über den Journalistenberuf geprägt: „Journalistenarbeit — sie ist oft sehr gering geschätzt. Es wäre manchem, der eine Zeitung hochmütig muftert und kritisiert, hilfreich, wenn er ein halbes Jahr in einer Redaktionsstube Dienst tun müßte. Man glaubt gar nicht, was alles einem Redakteur unterkommt. Eigentlich sollte er alles wissen und aber alles informieren können. In der Redaktion einer Zeitung liegt eine ungeheure Verantwortung, weil ihr Einfluß so gewaltig ist. Doch sprechen wir zunächst davon, wie einem Redakteur zumute ist und was seine Tätigkeit alles mit sich bringt. Manchmal hat er einen Artikel mit größtem Fleiß mit dem Aufgebote seines ganzen Willens herausgearbeitet und nun steht er, wie sein Werk mit Veringschätzung gelesen, mit Verachtung behandelt und das Blatt wie wertlos weggeworfen wird. Ich begreife es wohl, daß mancher Redakteur frühzeitig altert und daß manche geradezu typische Krankheiten der Journalisten vorkommen: Herzkrankheiten und plötzliche Todesfälle, die Folge vielfacher Aufregung. . . . Raum ein anderer Beruf strengt Nerven und Herz so sehr an, wie die aufregende Redaktionsstätigkeit. Ich habe gelernt, diesem Berufe meine Achtung entgegenzubringen.“

Der fliegende Photograph.

Wie die „Times“ aus Amerika berichten, hat dort ein Militärflieger ein bemerkenswertes Kunststück vollbracht. Als der General der Fliegertruppe Mitchell neulich in Dayton (Ohio) einen Zug bestieg, photographierte ihn ein in der Luft schwebender Flieger. Um dem General zu beweisen, wie rasch im Ernstfalle militärisch wichtige Aufnahmen aus dem Flugzeug fertig sein könnten, entwickelte und kopierte der Flieger das Bild dann in der Luft, und als der Zug des Generals in Kenton ankam, der nur 17 Meilen von Dayton entfernt nächsten Station, war die fertige Photographie des in den Zug steigenden Generals schon dort. Der Flieger hatte sie abgeworfen, und man überreichte sie dem General Mitchell, sobald der Zug hielt.

Estimo-Eis.

In Paris futtert man Estimo-Eis, die neueste Märcherel, hartgefrorenes Vanilleeis mit Schokolade, beides in Silberpapier, also keine Erfindung der Estimo, die bekanntlich Speiseeis gar nicht kennen. Ganz Paris knabbert „Estimo“, im Bett, in der Straßenbahn, im Theater, Kino, auf der Rennbahn, aber die allzu liebevolle Behandlung scheint das Zeug nicht vertragen zu können, denn es schmilzt zwischen den Fingern trotz der angepriesenen ausdauernden Dauerhaftigkeit, schmilzt und tropft auf Hosen und Röcke.

Volkswirtschaftliches.

Berliner Börse vom Mittwoch. Die heutige Börse eröffnete außerordentlich zurückhaltend. Es machen sich bereits die Gattstellungen zum Ultimo und die Terminabschlüsse bemerkbar. Die Zustimmung der einzelnen Fraktionen zu der programmatischen Kabinettsklärung können nicht stimulierend auf die Stimmung einwirken, da man von Seiten der linken Parteien die stärkste Opposition erwartet. So bildet sich zunächst an allen Märkten eine recht schwache Haltung heraus, da die Abneigung durchweg überwiegt. Man hörte in der dampfische Vertiefung. In Bankwerten prägte sich eine allgemeine Zurückhaltung aus. Am Rentenmarkt war das Geschäft außerordentlich zurückhaltend. Man nannte Kriegsanleihe mit 0,80—0,9; 3% Konsols 1,302 und 2er R.-Schätze mit 2,15. Am Geldmarkt hat sich die Lage insofern geändert, als täglich Geld stark gesucht ist mit etwa 8—12 Prozent. Monatsgeld etwa 9—12 Prozent und erste Privatdiskonten mit 8 Prozent. Am internationalen Devisenmarkt hat sich nichts geändert.

Sport und Spiel.

Reit — Kreis Sieger des Berliner Schützengrundes. Berlin, 22. Januar. In den letzten Stunden des Rennens ereignete sich außer einigen erfolglosen Vorkämpfen ein Schluß der 14. Stunde waren 4002,410 Kilometer zurückgelegt. Sieger wurden Reiter — Kreis mit 885 Punkten vor Dahn — Kreis mit 808 Punkten, Grendo — Kreis mit 298 Punkten, Ed — Kreis mit 297 Punkten. Eine Runde zurück: Salow — Lorenz 112 Punkte, Brocco — Miquil 115 Punkte, drei Runden zurück das Kempen — Giorgetti 497 Punkte. Die Fahrer wurden bei ihrer Ehrenrunde von dem bis auf den letzten Platz gefüllten Hause lebhaft begrüßt.

An der Spitze stehen
Krügerol-Kalarrh-Bonbons
mit 100% reinem Zucker

Die niedrige sei, als im Frühsommer. In der Vergangenheit seien auf den Kopf eines Angestellten der Reichsbahn 1450 Goldmark entfallen, während man jetzt 2000 Mark aufwende. Das seien 41 Prozent mehr als im Jahre 1914. Aus allen diesen Gründen könne die Gesellschaft sich zu einer Lohnbesserung augenblicklich nicht verstehen.

Aus Stadt und Land.

Aus, 22. Januar 1926

Zur Sonnenfinsternis am 24. Januar. Das Jahr 1926 wird uns zwei Sonnenfinsternisse bringen, eine totale Verfinsternis am 24. Januar und eine ringförmige am 20. Juli. Totale Sonnenfinsternisse sind verhältnismäßig selten und von hohem wissenschaftlichen Wert. Die Sonnenfinsternis wird für die meisten Gebiete des Deutschen Reiches keine allgemeine Auffmerksamkeit erregende Himmelserscheinung werden können, denn Verfinsternis unter 50 Prozent, das heißt solche Bedeckungen der Sonnenscheibe, bei denen nur weniger als der halbe Sonnen Durchmesser vom Monde abgedeckt wird, fallen kaum merklich auf. Nur im Gebiete westlich des Rheins erreicht die Verfinsternung beträchtliche Werte, z. B. in Weidenberg 72 Prozent (um 5 Uhr 4 Minuten mitteleuropäischer Zeit), in Bonn 70 Prozent (um 5 Uhr 8 Minuten mitteleuropäischer Zeit), und in Düsseldorf sogar 78 Prozent (um 5 Uhr 2 Minuten mitteleuropäischer Zeit).

Falsche 10-Mark-Rentenbankscheine. Seit einiger Zeit sind wiederholt gefälschte Rentenbankscheine zu 10 Mark in den Verkehr gelangt. In größerer Anzahl tauchen sie in Crimmitschau und Nordhausen, vereinzelt in Chemnitz, Jülich, Nürnberg, Weiden, Weidenau, Leipzig und Dresden auf. Die Hersteller und Verbreiter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Vom Finanzamt aus wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit tauchen auch in dieser Gegend Nachbildungen von Rentenbankscheinen zu 10 Rentenmark auf, die auf Papier mit kopierfähigen oder maschinenfähigen Wasserzeichen gedruckt sind, während die echten Scheine als Wasserzeichen das Kreuz-Ring-Muster haben. Neuerdings verwenden die Fälscher Papier ohne natürliches Wasserzeichen und ahmen das Wasserzeichen der echten Scheine durch Aufdruck eines Bildes nach. Bei allen diesen offenbar einer Quelle entstammenden Fälschungen sind die bei den echten Scheinen im Papier eingebetteten Fasern nur aufgelegt oder mit Seidenpapier überzogen, oder sie fehlen gänzlich. Hält man die Fälschungen gegen das Licht, so ist die Fälschung leicht zu erkennen. Die die ursprüngliche Abtastung bei der Ermittlung der Fälscher von Rentenbankscheinen stellt die Deutsche Rentenbank eine Bescheinigung bis zu 1000 Renten mark. Sachdienliche Mitteilungen nimmt jede Polizeidienststelle entgegen.

Änderung der Telegrammgebühren. Die Wortgebühren für Telegramme sind ab sofort ermäßigt worden. Sie betragen nunmehr für gewöhnliche Telegramme im Ortsverkehr 5 Pfg., im Fernverkehr 10 Pfg., für Vortelegramme im Orts- und Fernverkehr 5 Pfg., für Vortelegramme 5 Pfg., für Vortelegramme 1 Mark pro Wort. Als Mindestgebühr wird die Gebühr für 10 Worte (bisher für 8 Worte), bei Vortelegrammen für 20 Worte erhoben. Auch die bezahlte Antwort (Rp.) muß nunmehr für 10 Worte entrichtet werden. Weiter sind ermäßigt worden die Worttarife nach Danzig, Litauen, Lauenburg auf 10 Pfg., Oesterreich und Tschechoslowakei auf 12 Pfg., nach Belgien, Niederlande, Schweden auf 13 Pfg., nach Ungarn auf 16 Pfg.

Christlicher Familienabend. Die gestern Abend im Bürgergartenhalle stattgefundene gutbesuchte Veranstaltung der Christlichen Elternvereine des Quartals zu Aus war ein voller Erfolg. Das Gebotene wurde von gutdurchdachter Auslassung. Vor allem ließ der Vortrag des Geschäftsführers des Landesverbandes keinen Zweifel darüber, was wir in der christlichen Schule erstreben und wollen. Den rechten Geist in der Erziehung kann unser Volk und vor allem unsere Jugend nur in der christlichen Bekenntnisschule suchen. Die christliche Bekenntnisschule ist die Hauptforderung der gesamten christlichen Eltern. In diesem Ziel wird sie immer fester sich zusammenschließen. Die sonstigen Darbietungen wurden recht befähigt aufgenommen, vor allen Dingen die Bilder aus dem Christspiel. Auch die jungen Leute, welche das treffliche Musikstück vortrugen, haben außerordentlich viel Beifall gefunden und es ist zu wünschen, daß gerade dieser Zweig in der christlichen Elternvereine immer mehr festen Fuß faßt. Der Posaorchor des Jünglingsvereins St. Nikolai stand mit seinen Vorträgen auf der Höhe.

Kaiserlich-königliches Polizeiamt in Dresden. Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden (Reichsbund Deutscher Mieter) hält Sonntag, 8. Februar im Plenarsitzungs-saale des Landtags einen außerordentlichen Mietertag ab.

Das Wohnungswesen im Reich. Der Allgemeine Mieterbewohnerverein e. V., Dresden, veranstaltete am Dienstagabend im Künstlerhaus vor Vertretern der Regierung, der Stadt und der Presse einen Lichtbildervortrag. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herrmann, wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung, Zwecke und Ziele des Vereins hin. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer hygienischen Wohnung, da der arbeitende Mensch 1/3 seines Lebens, die Frau sogar 1/2 ihres Daseins in der Wohnung verbringe. Sein Nachredner zeigte dann in Lichtbildern ein erschütterndes Wohnungswesen. Räume von 2 und 5 Meter Rauminhalt beherbergen in einigen Fällen bis zu 7 Personen. Infolge der allgemeinen Wohnungsnot ist in Dresden jede 12. Familie wohnungslos. Der Lichtbildervortrag soll in den nächsten Städten vorgeführt werden.

Erzgebirge und Sachsen.

Saizewitz. Eingedrochen wurde in der Nacht vom 19. bis 20. Januar bei dem Materialwarenhändler Wörge-tern. Die Diebe sind nach Eindringen einer Fensterscheibe eingestiegen und haben das Geld aus der Ledertasche gestohlen. Der Betrag ist gering. Sie hatten es offenbar nur auf Geld abgesehen, da keinerlei Waren vermisst wurden. Gegenstände, die im Schrank standen, hatten die Diebe herausgenommen und sie beiseite an die Tür des Hauses gestellt. Als ver-dächtig konnten in Frage kommen zwei Fremde, die am Nach-mittag in dem Geschäft gebettelt haben, der eine wird beschrie-ben, ungefähr 20 Jahre alt, 170 bis 175 groß, längliches schmales Gesicht, schwarzes Jackett und ebenförmigen weichen Hut.

Schneeberg. Die Partei der Reichswähler. Mit der Reichstagswahl am 7. Dezember waren in der Stadt Schneeberg 5788 Wahlberechtigte vorhanden. Es sind 4922 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Partei der Reichswähler war wieder außerordentlich groß. 769 Personen haben von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Diese Nichtwähler verteilen sich auf die verschiedenen Berufs wie folgt: 24 Beamte und Angestellte, 85 weibliche Angestellte, Beamten- und Beamtinnenwitwen, 41 Kaufleute, Handel- und Gewerbetreibende, 82 weibliche Gewerbetreibende und Ehefrauen von Kaufleuten, Handel- und Gewerbetreibenden, 140 Arbeiter, 261 Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, 29 Ange-stellte, 11 Privatleute und Rentner, 102 Rentnerinnen und Witwen, 20 Hausdame, 12 Schüler, sowie 2 Männer und 20 Frauen, deren Beruf sich aus den Wählerlisten nicht feststellen läßt.

Schneeberg. Sonntagstrümpfpartien. Von jetzt ab werden sowohl vom Bahnhof Schneeberg-Neustädtel als auch vom Haltepunkt Schneeberg Sonntagstrümpfpartien 8. und 4. Klasse nach folgenden Stationen ausgeben: Aus, Blauenstein, Carlsfeld, Johanngeorgenstadt, Oberrietschgrün, Hartenstein, Jülich, Chemnitz, Schwarzenberg und Ober-wiesenthal.

Schorla. Am Dienstag fand die dritte Kirchgemein-deversammlung statt, die sich mit dem abermaligen abgehenden, Reichs des Konsistoriums, Pfarrvikar Paul als Ortsparter zu befähigten, befahte. Die Versammlung bestand auch dies-mal darauf, Pfarrvikar Paul unbedingt als Ortsgeistlichen zu ver-langen. Es wurde ein Ausschuss von 10 Personen gewählt, der im Auftrag der gesamten Kirchgemeinde die weiteren Schritte unternehmen soll. Einerseits wurde betont, einen Königsberger Fall möglichst zu vermeiden, andererseits sollen aber auch die höchsten kirchlichen Instanzen angerufen werden, damit dem Willen der Kirchgemeinde entsprochen wird.

Schneide. Brandunglück und Wohnungs-mangel. Wie wir bereits kurz berichteten, ist am vergangenen Donnerstag das Doppelwohnhaus des Grünwarenhändlers Herold niedergebrannt. Die Ent-stehung des Feuers, die noch ungeklärt ist, erfolgte auf dem von dem Händler bewohnten Flügel. In dem meißens von Holz durchsetzten Leichten Fachwerkbau fand das Feuer gute Nahrung und breitete sich mit einer sehr rasenden Schnelligkeit aus, daß innerhalb einer Stunde das Haus vernichtet war. Neben der Feuerweh-r, die aus allen Nachbarorten herbeikam, beteiligten sich auch sehr viele Einwohner an dem Rettungswerk. Die Familie Herold hat fast alles retten können, während die übrigen nur wenig in Sicherheit bringen konnten. Versichert haben sieben Familien, und eine, die nicht

versichert hatte, ist totlos abgebrannt. Bei dem her-abfallenden Wände waren die Nachbarhäuser in großer Ge-fahr, doch gelang es den großen Anstrengungen der Feuerweh-r und anderer Hilfe, weiteres Schlimmes unglück-lich abzuwenden. Für die Gemeinde entstand nun die Auf-gabe, die Familien unterzubringen, im ganzen 35 Per-sonen. Hieron sind bis Sonnabend 8 Familien mit 20 Personen in Notwohnungen untergebracht worden. Bis alles wieder geordnet und geschlichtet ist, wird noch eine geraume Zeit vergehen. Wohnungen sind keine vor-handen, und es kann hier nur mit äußerster Einsparung Rat geschaffen werden. Alle Sachen an den Woh-nungsausweis sind durch das Brandunglück gänzlich ansichtslos geworden.

Schneeberg. Einbruch. — Ueberrascht. In dem Thoms und Garbischen Geschäft wurde eingebrochen. Im Hofe hatten die Diebe eine Fensterscheibe herausgeschnitten und, jedenfalls der Fingerabdrücke halber, mitgenommen. Erbeutet haben sie 80 Mark in Bar und ein Quantum Schoko-lade. — Wie unsicher man sich auf den Straßen fühlt, beweist der Fall, welcher sich am Sonntagabend auf der Bahnhofstraße ereignete. Kommt eine Frau ahnungslos vom Bahnhof ent-läng die Straße herauf, da trat ihr plötzlich ein junger Mann entgegen und wollte ihr die Handtasche oder was sie sonst im Besitze hatte, an sich nehmen. Die erschrockene Frau hatte die Selbstgegenwart und schrie laut um Hilfe und der Gauner ließ von seinem Opfer los und suchte das Weite. Ferner wurde vorige Woche eine Frau an der Ecke der Friedhof- und Schul-strasse von einem Vorne angefallen. Dieser zeigte sich in argemüßiger Weise.

Letzte Drahtnachrichten.

Berlin, 22. Jan. Wie die „Zeit“ erfährt, wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann im Laufe der po-litischen Aussprache im Reichstage das Wort nicht er-greifen. Reichskanzler Dr. Brüning habe die außenpo-litischen Fragen, die in der Debatte gestreift worden seien, in seiner gestrigen Rede mit beantwortet. Zu einer großen außenpolitischen Rede liete die gegenwär-tige Lage keinen Anlaß. Sie werde im Laufe der Etat-beratung bei dem Etat des Auswärtigen Amtes am 1. März sein.

Berlin, 22. Jan. Die „Vossische Zeitung“ be-öffentlicht eine Zuschrift über die Verwendung von Post-geldern, die das Blatt als von sehr zuverlässiger Quelle stammend bezeichnet. In dieser Zuschrift heißt es, daß der Mannesmann-Industrie- und Handels-Ges. von der Post in vorchriftwidriger Weise Kredite in Höhe von 75 Millionen Mark gegeben worden seien.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Gerschwitz, Druck u. Verl.: Kuer Druck- u. Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Aus.

Billige Lebensmittel

- Frische Tafelmargarine . . . Pfund-Würfel 63
- Kokosfett „Kuneral“ . . . Pfund-Tafel 73
- Weizenmehl 70% Ausmahlung mit 5 Pfund 100
- Eiernudeln . . . Pfund-Paket 50
- Zucker, gemahlen . . . 3 Pfund 90
- Grüne Erbsen . . . Pfund 25
- Linzen, helle Ware . . . Pfund 45
- Malzkaffee, Radolf . . . Pfund 32
- Sardellenpaste . . . große Tüte 60
- Vollmilchschokolade . . . 100-gr.-Tafel 3
- Hustenbonbons . . . 1/2 Pfund

Kaffee, frisch gebrannt

Serie I Serie II Serie III
1/4 Pfund 80 1/4 Pfund 90 1/4 Pfund 110

Kaufhaus Schocken

G. D. A. Genesungsheim
(am Floßgraben)

Bei unserem Wegzuge nach Beierfeld, Gasthof „Zur Krone“, sagen wir allen unseren lieben Gästen, Freunden und Bekannten

herzlichen Dank

für die Unterstützung, die uns zu teil geworden ist und für das Ver-trauen und Wohlwollen, das uns entgegengebracht wurde.

Wir bitten, all das auch auf unser neues Unternehmen zu über-tragen und sichern aufmerksamste Bedienung mit dem Besten, was Küche und Keller bieten, zu.

Das Genesungsheim bleibt bis auf weiteres geschlossen.

Die Eröffnung des vollständig neu vorgerichteten Gasthofs „Zur Krone“ in Beierfeld erfolgt in den ersten Tagen des Februar.

Hochachtungsvoll
Paul Graf und Frau.

Wünschen Sie

eine Familienanzeige zu veröffentlichen,

ein Geschäft oder einen Besitz zu kaufen oder zu verkaufen,

eine Geschäftsempfehlung irgendwelcher Art zu veröffentlichen,

so inserieren Sie

im „Neuer Tagesblatt“, das infolge seiner weiten Ver-breitung in allen Kreisen Aussicht auf Erfolg bietet.

Vorsicht beim Einkauf!

Nehmen Sie nur die Fett-margarine „Schwan im Blauband“, achten Sie auf die nebenstehende Packung mit dem blauen Band.

Preis 80 Pfennig das Halbpfund in der be-kannten Packung.

Schwan im Blauband frisch geküht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ die feine Marke, Familien-Mark „Die Blauband-Packung“ genau zu verlangen.

Haus- und Küchen-geräte jeder Art!

Eußereine Kochgeschirre. Große Auswahl. Billige Preise.

Reubelt: **Emil Rindor** Badewannen.

Gulian Blehweger Bettenerstraße 27.

Schwedische Einführung meiner **Rostbratwürste** in Dosen (fertig gebraten)

Suche ich in Mitteleuropa **gut bekannte Vertreter.**

Gute Verdienstmöglichkeit geboten.

Off unter „A. T. 341“ an die Geschäftsstelle d. V. erbeten.

Stellungsuchende Landwirte

erhalten kostenlos Probennummer unserer seit 1890 erscheinend. Fachzeitung m. umfangreich. Stellenmarkt. „Der Praktische Landwirt“, Magdeburg.

Generalvertreter

einer leistungsablosen Firma in Vertriebsabteilung sucht für Aue und Umgebung einen **Antervertreter**

der bei den Maschinenfabriken gut eingeführt ist.

Offerten an die Geschäfts-stelle dieser Zeitung unter „Verlust“.

Tüchtige, geschulte, fleißige Arbeits-Mädchen

sofort gesucht.

Kuer Druck- und Verlags-Gesellschaft.

FREITAG » SONNABEND » MONTAG » DIENSTAG
RESTE - ABSCHNITTE

Blusen-Stoffe
Kostüm-Stoffe
Kleider-Stoffe
Seiden-Stoffe
Schlosser- und
Blusenbarchente
Hemden-Stoffe
Sport-Fianelle
Velours / Spitzen

GANZ
BESONDERS
BILLIG

Stückerien, Loch-
und Filiet-Muster
Wäsche-Bogen
Stoss-Borden
Gummiband, glatt
gerüsch / Seiden-
bänder für Haar-
scheifen / Mull-
u. Gardinenstoffe

KAUFHAUS SCHOCKEN

Gartenlaube Aue.

Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag

Boobierfest.
v. Stoff
Für Speisen und Getränke, sowie
muffelreiche Unterhaltung ist gesorgt.
Originelle Souvenirs.

Gleichzeitig machen wir auf das am 24. Januar stattfindende **Weihnachts-Boobierfest** aufmerksam.
Alle werten Mitglieder, Freunde und Gäste laden hierzu herzlich ein.
Rag Witsch und Frau.

Dramatische Gesellschaft Aue (E.V.)

Sonntag, d. 23. Januar 1925,
nachmittags punkt 3 Uhr im
Vereinsheim „Anker“



Jahres-
Hauptversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Eingänge
2. Berichte
3. Ersatz-Wahlen
4. Anträge
5. Allgemeines.
Infolge wichtiger Tages-Ordnung ist das Erscheinen eines jed. Mitgliedes erwünscht.
Der Gesamtvorstand.

Verein der Deutschen a. d. ehem. Oesterreich-Ungarn.

In dem am Sonnabend, den 24. Januar 1925, im Bürgergartenstraße stattfindenden

Weihnachts-Bergnügen

werden die werten Mitglieder mit ihren Angehörigen hiermit freundlichst eingeladen. Freunde und Gönner herzlich willkommen. Anfang 1/2 7 Uhr Eintritt 50 Pfg.

Die Vereinsleitung.
NB. Zugabe Karte Verlosungspakete, Mindestwert 50 Pfg., wolle man freundlichst an der Kasse abgeben.

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Christian Gerber Kom.-Ges. in Aue, soll mit Genehmigung des Gläubigerausschusses eine Abfolgebewertung erfolgen. Dazu sind 27000 RM. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 178793,05 RM. nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Gerichtskanzlei, des Amtsgerichts Aue eingesehen werden.

Die bevorrechtigten Forderungen sind bereits voll bezahlt. Aue, 21. Januar 1925. Der Konkursverwalter, Dr. Raabe.

te in Aue 4 Zimmer, Küche, Zubehör, Veranda, in Zwickau 5 Zimmer, aber 4 große Zimmer, unter „A. T. 340“ an die Geschäftsstelle d. Blatt.

einziehenden Damen,

erhalten im Schneider oder Ladengeschäft. Neben Aufnahme eines Kommissionslagers, bietet er später Verdienst durch den Verkauf an von Arbeits-, Sport- und Kostümröcken in der bis zu der elegantesten Ausführung. Klams wird übernommen. ersten an Mich. Wöhler-Welsch, Tuchfabrik, Reichenbach i. S., Joppenberg 14.

Freunde des Boxsports

werden gebeten, zwecks Gründung eines Boxerklubs Montag, den 26. Januar, abends 1/8 Uhr zu einer Sitzung im **Raths Kaffeehaus** (Vereinszimmer) zu erscheinen.
Der Einberufer.

Pianos, Harmoniums
Sprechapparate

sehr günstig zu verkaufen. — Selbstabholung gestattet. Barzahlung Rabatt.
Gersdorf, Lauter, Hauptstraße 40.

Während meines Inventur-Verkaufs!

Mädchenschürze, 50 cm lang, echt indigo	1,25	1 große Haarschleife in 15 Farben	85
Barchentnachtjacket, hübsche Ausführung	3,95	1 Damenbinde, 1 Gürtel	95
Arbeitshemd, 100 cm lang, blau/weiß gestreift	3,25	Damenhemd mit Mohlsaum, 100 cm lang	1,20
Herrentaghemd mit Plüsch, 100 cm lang, in Stoff und Verarbeitung	3,95	Herrnormalhemd, doppelte Brust	2,95
Damennachthemd, Gelethaform mit Mohlsaum, farbigem Einsatz und Zug	3,95	Wollenes Herren-Vorhemd	95
		Strumpfgummil, 60 cm Abschnitt	12
		Wäschebogen, Besatz, Bänder riesig billig	

Meinzer, Aue, 21 Wettiner-straße 21

Anzugstoffe

Billigste Preise!
A. H. Streicher
Crimmitschau i. S.
Muster liegen aus und Bestellungen werden angenommen bei:
Herrn Schwammkrug,
Aue, Auerkammerstr. 11.

Siehe auf Etikett möglichst 1 bis 2 Beutler (siehe)
Milgauer
Molkereibutter
in 1/2 und 1/4-Pfd. zu verkaufen.
Carl Rothwagel,
Butter- u. Käsehandlung,
Görsdorf, Bernsdorferstr. 900.

Ostermädchen

Arbeiterinnen und Heimarbeiterinnen zum sofortigen Eintritt sucht
Herrenwäschefabrik J. Sinn, Aue.

Ostermädchen

als Lernende für mein Geschäft gesucht.
Alfred Meinzer, Aue.

Apollo-Lichtspiele
Aue, Bahnhofstraße.

Freitag bis Montag, den 23 bis 26. Januar
erscheint die große Musikantenspielfilmoperette
„Das Mädel von Pontecuculi“
Eine heitere Filmoperette in 6 Akten.



Humorvoller, wichtiger Inhalt und eine spannende Handlung. — Erfolgreiche Darsteller, großes geschultes Ballett. — Hauptrollen: Charles W. Kayser und Ida Swedin, der Liebling des Filmoperetten-Publikums. — Vorzügliches Sängers-Ensemble aus ersten Opern- und Operettenkräften bestehend.
Der zweite Teil des Spielplans präsentiert unter keiner Grand **Jack Coogan** seine tollsten Streiche in dem heiligen Lustspiel:
„Jack, der Pausbub“
Diesmal leider nur für Erwachsene.

Operettenpreise: Tage 1.— 2.— 3.— 4.— 5.— 6.— 7.— 8.— 9.— 10.— 11.— 12.— 13.— 14.— 15.— 16.— 17.— 18.— 19.— 20.— 21.— 22.— 23.— 24.— 25.— 26.— 27.— 28.— 29.— 30.— 31.—
Wochentags Anfang 8 und 1/2 Uhr. Sonntag 1/2, 6 und 1/2 Uhr.
Sonntags zum letzten Mal: „Zackmord zu Genschie“ Schauspiel in 6 Akten.
Begrüßung von Kom. Karl. 4 Teil (Schluß) „Die große Niederlage“

Blüschsfas,
Rüchensfas,
Chaiselanges,
Drahtmatrizen
mit Kuffen,
Bettstellen,
Kinderbetten
verkauft billig
Möbel-Schmidt
Alberstraße 6.

Gute auf Sicherstellung
hypothek A. W.
2500 bis 3000.
Angebote unter „A. T. 338“
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein noch guterhaltener
Kinderwagen
(weiß) preiswert zu verkaufen.
Zu erst. im Auer Tageblatt.

Verloren
wurde am Freitag, den 18. Jan., auf dem Wege Seppelstraße-Schwarzberger Str. nach der Stadt zu 1 silberne **Damenarmbanduhr**. Es wird gebeten, sie gegen Finderlohn Seppelstr. 24, Gg. L. abzugeben.

Honig, Blüten, Schleuder, naturrein,
Weißer 8 Pfd. netto 10,80 RM.
franko, halbe Dosen 6.— RM.
franko, Rücknahme 20 mkt.
Meinr. Oeltjenbrunn,
Web Zwischstraße 1. S. &

„Gritzner“ „Opel“ Fahrräder

! haben Weltruf!
„DKW“ „Opel“ Motorräder
empfiehlt
Robert Morgner, Aue, Oststr. 35.
Nähmaschinen- und Fahrzeughandlung.
Telefon 641. — Günstige Zahlungsbedingungen. — Vertreter gesucht.

Reichskurzschritt. Eröffnung der Beamtenkurse
(Einheits-System)
Der Stenographen-Verein „Gabelberger“, Aue.

Freitag, 23. Januar, abends 8 Uhr, in der
3. Knabenbürgerschule am Kriegerdenkmal.

Für den uns beim Heimgange unserer lieben unvergesslichen Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter
Frau Therese verw. Körner
in so reichem Maße dargebrachten Blumenschmuck und Ehrungen, sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
AUE, den 22. Januar 1925.
Die trauernden Hinterbliebenen.